

Landtagswahlen 2024

Thüringer Innenminister fordert Verfassungsreform gegen AfD-Regierung

Im kommenden Herbst wählen die Thüringer einen neuen Landtag. Innenminister Maier warnt: Formal könnte ein Ministerpräsident Höcke mit nur einer Stimme gewählt werden.

28. Dezember 2023, 3:17 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, [tst](#) / [395 Kommentare](#) /



Regt Verfassungsänderung gegen die AfD an: Georg Maier (SPD), Innenminister von Thüringen © Martin Schutt/dpa

Vor dem Hintergrund der hohen Umfragewerte der [AfD](#) [<https://www.zeit.de/thema/alternative-fuer-deutschland>] hat sich Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) für eine Präzisierung der Landesverfassung ausgesprochen. Seiner Ansicht nach schließt die jetzige Formulierung im Artikel zur Ministerpräsidentenwahl nicht aus, dass ein Kandidat oder Kandidatin im dritten Wahlgang mit nur einer einzigen Stimme gewählt wäre - obwohl alle anderen Abgeordneten gegen diese stimmen.

Auf diese Weise könnte der als vom Verfassungsschutz als Rechtsextremist eingordnete AfD-Landes- und Fraktionschef [Björn Höcke](#) [<https://www.zeit.de/thema/bjoern-hoecke>] Regierungschef werden, auch wenn er im Landtag keine eigene Regierungsmehrheit hat. Der Fall dürfte allerdings recht unwahrscheinlich sein: Er tritt nur dann ein, wenn kein anderer Kandidat oder andere Kandidatin Stimmen erhalten würde. Denn gewählt ist, wer die meisten Ja-Stimmen bekommt.

"Wir müssen die Verfassung wetterfest machen", fordert Maier dennoch. Dies müsse sehr schnell geschehen. Er mahnte: "Ich habe manchmal das Gefühl, wir schlafwandeln in ein ziemliches Desaster hinein und wachen am 2. September in einem autoritären System auf."

Mehr zum Thema

AfD

Dresden

AfD in Sachsen geht gegen Einstufung durch Verfassungsschutz vor

[<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/afd-sachsen-vorgehen-gegen-einstufung-verfassungsschutz>]

Landtagswahlen

BDI-Präsident warnt vor Wahl der AfD

[<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/landtagswahlen-afd-bdi-siegfried-russwurm>]

AfD

Von der Grauzone in die Blauzone

[<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-12/afd-debatte-umgang-rechtsextremismus>]

Die drei ostdeutschen Länder Thüringen

[<https://www.zeit.de/thema/thueringen>], Sachsen und Brandenburg haben im kommenden Herbst Landtagswahlen, in allen drei Ländern ist die AfD in Umfragen Nummer eins [<https://www.zeit.de/politik/2023-12/oberbuergermeister-pirna-afd-sachsen>]. Der AfD-Landesverband Sachsen wurde kürzlich vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft, in Thüringen ist die Landes-AfD schon länger so eingestuft.

"Inzwischen überzeugt von ihrer Haltung"

In Thüringen ist das Bilden einer Regierung seit längerem kompliziert. Nach der vergangenen Landtagswahl 2019 hatte sich der FDP-Politiker Thomas Kemmerich zum Regierungschef wählen lassen, obwohl er dafür auf die Stimmen der AfD-Fraktion angewiesen war. Derzeit führt Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) eine Minderheitsregierung von Linke, SPD [<https://www.zeit.de/thema/spd>] und Grünen.

Nicht auszuschließen ist, dass die AfD sogar eine absolute Mehrheit erlangt, falls sie auf mehr als 40 Prozent kommt und die kleinen Parteien Grüne und FDP aus dem Landtag fliegen. Die SPD fiel in jüngsten Umfragen auf neun Prozent, zweistellig sind neben der AfD auch die Linke und die CDU.

Die Menschen wählten die AfD mittlerweile nicht mehr als Protestpartei, sagte Maier. "Ein Großteil der Wähler ist inzwischen überzeugt von ihrer Haltung."

Ursache des Wählerverhaltens ist aus Sicht des Ministers auch Unsicherheit: Viele Menschen hätten große Sorgen wegen der vielen Krisen, sagte er. Phasenweise hätten sie sich auch noch Sorgen machen müssen um existenzielle Fragen wie: Habe ich genug Geld, um zu heizen?

Im Osten verdienen Beschäftigte je nach Branche deutliche weniger. Auch gibt es weniger Vermögen. "Das sind soziale Probleme, die schreien zum Himmel", sagte Maier. "Und wenn wir diese Probleme nicht zum Thema machen, dann wird die Politik einen Teil der Bevölkerung verlieren." Maier sieht die Ursache auch bei seiner eigenen Partei. "Ich glaube, die SPD im Bund hat das Thema Osten viele Jahre vernachlässigt."